

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Kim Nowak

14.05.2024

Westschweiz setzt auf Dialog

Gazakrieg: Studentenproteste weiten sich aus. Unterstützung in französischem Landesteil

Die Proteste von Studenten gegen den Krieg in Gaza nehmen nicht ab. Nicht nur in den USA und Deutschland mehren sie sich, auch die Schweiz haben sie mittlerweile erreicht. In allen größeren Universitätsstädten besetzen Studenten ihre Hochschulen, um neben einem Waffenstillstand auch akademische Zusammenarbeiten mit israelischen Universitäten auszusetzen. Seit Anfang Mai standen besonders Lausanne (Kanton Waadt), Zürich und auch Genf im Zentrum der Schweizer Berichterstattung. Ähnlich wie beim großen Nachbarstaat Deutschland werden auch in der Alpenrepublik palästinasolidarische Proteste in die Nähe von Islamisten gestellt. Doch auch Linke und Revolutionäre sieht man als »Köpfe hinter den Uniprotesten«, wie der Tagesanzeiger vom 8. Mai schrieb. Darunter fallen unter anderem parteiunabhängige Bündnisse wie »Students for Palestine« und »Kollektiv von Studierenden für Palästina«, die Revolutionäre Kommunistische Partei (RKP), aber auch Jungparteien wie die Jungen Grünen. Als vermeintlicher Beleg für Islamisten in der Bewegung wird Johannes Saal, Religionssoziologie an der Universität Luzern, zitiert, der in »einigen Social-Media-Profilen« Hinweise auf »Unterstützung terroristischer Organisationen wie Hamas und Hisbollah« gefunden haben will. Besonders stichhaltig klingt das jedoch nicht.

Während an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich der Protest von der Polizei aufgelöst und geräumt wurde, setzten die Universitätsleitungen in der Romandie auf Dialog. Laut einer Pressemitteilung der Universität Lausanne vom 9. Mai wurde den Studenten gestattet, die Räumlichkeiten tagsüber während der Verhandlungen weiter zu »nutzen« – das heißt, besetzt zu halten. Die Bedingung war, den nächtlichen Protest zu beenden, was die Studenten akzeptierten. Die Leitung betonte allerdings, an ihren Positionen

festzuhalten, und lehnte daher einen akademischen Boykott israelischer Institutionen ab. Anders sieht es jedoch der sozialdemokratische Genfer Ständerat Carlo Sommaruga, Präsident der Parlamentarischen Gruppe Schweiz/Palästina, der die protestierenden Studenten am Donnerstag besuchte. Gegenüber der Nachrichtenagentur Keystone-SDA erklärte Sommaruga, dass Forderungen nach akademischen Boykotten »begründet« seien.

Ähnlich läuft es in Genf ab. Auch dort setzte man auf Dialog und gestattete zunächst die Besetzung, drängte aber darauf, sie auf die Öffnungszeiten der Uni zu beschränken, worauf die Studenten bisher allerdings nicht eingingen. Sogar eine Aussetzung der Kooperation mit israelischen Forschungsinstituten soll im Raum stehen. Anscheinend lehnt die Universitätsleitung Genf das nicht grundsätzlich ab. Weshalb gerade in der frankophonen Westschweiz die Proteste eher geduldet werden als in der Deutschschweiz, hat historische Gründe. »Die Uni Lausanne hat eine lange Tradition als intellektuelles Zentrum des Marxismus in der Schweiz«, erklärte der Journalist Pierre Ruetschi laut Blick. Hinter den Forderungen der Studenten stehen auch die meisten Professoren. Dort werde die »Ideologie der antiliberalen Wirtschaft gepflegt«, kommentierte Ruetschi. In der Deutschschweiz wird die staatliche Autorität viel mehr anerkannt.

Dass sich die Studentenproteste besonders im Westen noch weiter ausbreiten, davon wird wohl auszugehen sein. Auch angesichts des internationalen Auftretens der Schweiz seit dem 7. Oktober 2023. Obgleich es sich der politischen Neutralität verpflichtet hat, ergriff das Land immer wieder Partei gegen die Palästinenser. So stellte Bern nach längst widerlegten Behauptungen, die UNRWA würde Terroristen finanzieren, die Zahlungen an das Palästina-Hilfswerk ein. Auch jetzt noch werde eine weitere Entscheidung darüber vertagt. Zusätzlich spielte die Alpenrepublik im vergangenen Monat eine unrühmliche Rolle, als der UN-Sicherheitsrat darüber entschied, Palästina die Vollmitgliedschaft zu geben. Zwölf von 15 Mitgliedern stimmten dafür, die USA dagegen – Großbritannien und die Schweiz enthielten sich.